



Die Menschen werden wieder auf die Straße zurückkommen

Said Hosseini* über die vergangenen Proteste im Iran und ihre blutige Niederschlagung

express Online-Veröffentlichung, März 2026

Der folgende Artikel sollte ursprünglich in der Ausgabe 2-3/2026 des *express* erscheinen. Said Hosseini blickt darin zurück auf die Proteste im Iran, die Ende Dezember begannen, sich Anfang Januar zu Massendemonstrationen ausweiteten und schließlich vom islamischen Regime niedergeschlagen wurden – mit tausenden Toten und zehntausenden Schwerverletzten und Verhafteten.

Durch den Krieg im Iran und im gesamten Nahen Osten wurde die Analyse – im Februar verfasst – überholt. Deshalb, das haben wir in der kürzlich erschienenen Ausgabe bereits angekündigt, erscheint sie nun online. Angesichts des derzeitigen Kriegs ist der Rückblick auf die Massenproteste zum Jahreswechsel nämlich nicht weniger wichtig geworden; er hat sich, im Gegenteil, verwandelt in eine Erinnerung, die vom Lauf der Dinge verdrängt zu werden droht. Und weil der kaum abzuschätzen ist, haben wir auf jeden Versuch verzichtet, die Betrachtungen zur jüngsten Vergangenheit mit Kommentaren zur Gegenwart notdürftig zu verleimen.

Im Unterschied zu den Protesten im Iran im Jahr 2022 – bekannt unter ihrer Parole „Frau, Leben, Freiheit“ (siehe *express* 1/2023, S. 10) – war der unmittelbare Auslöser der Proteste im Dezember 2025 und Januar 2026 die desaströse ökonomische Lage. Seit dem Sommer letzten Jahres befindet sich die nationale Währung, der Rial, auf Talfahrt. Für ein Land, dessen Wirtschaft zu über 50 Prozent vom Export abhängt¹ und in dem Industrie und Landwirtschaft seit Jahren an Unterproduktion leiden, sind die negativen Auswirkungen der anhaltenden Währungsabwertung gravierend. Viele Bürger:innen verlieren ihre Kaufkraft, Armut und soziale Gegensätze verschärfen sich.

Das Haushaltsdefizit wird immer größer und die Staatsverschuldung nimmt astronomisch zu – laut eines Bericht der iranischen Zentralbank sind allein die Schulden der Staatsbetriebe bei der Zentralbank im Vergleich zum Jahr 2024 um 43 Prozent gewachsen.² Die Devisenreserven sind fast verbraucht, die Islamische Republik ist quasi bankrott und es gibt nichts zum Umverteilen.

Die Ursachen für die ökonomische Krise des Irans sind vielfältig. Zu nennen sind zum einen gravierende ökonomische Fehlentscheidungen sowie die Vergeudung elementarer Ressourcen für materialintensive Großprojekte ohne gesamtwirtschaftliche Relevanz.³ Zum andern sind die

¹ <https://fararu.com/fa/news/755778>

² <https://www.tgju.org/news/34805211>

³ In diesem Zusammenhang sind die Privatisierung der gewinnbringenden staatlichen Betriebe und die auf dem Mehrfachkurs-System (offizieller, halboffizieller und freier Kurs) basierende Devisenpolitik zu nennen, ebenso

bestehenden Machtstrukturen für sie verantwortlich, in denen Kleptokratie und Korruption systematisch betrieben werden und die mit den kostspieligen imperialen Aspirationen des islamischen Regimes einhergehen. Eine sachliche, auf das Interesse der Allgemeinheit gerichtete Steuerung und Budgetierung ist nicht gewollt – zu stark sind die Interessenvertretungen der herrschenden Machtblöcke. Hinzu kommt das internationale Wirtschaftsembargo, das für den Iran verheerende Folgen hat.

Der große Basar

Kein Wunder also, dass die strukturelle Krise seit Jahren den Alltag im Lande bestimmt. Ende Dezember 2025 kam es jedoch zu einer dramatischen Entwicklung. Am 26. und 27. Dezember stürzte der Rial stündlich ab, der Preis des US-Dollars verfünffachte sich. Der Handel mit Gold, Devisen und vor allem mit importierten Waren kam zum Erliegen.

Am 28. Dezember schlossen die direkt davon betroffenen Händler und Ladenbesitzer vor allem aus der „Alaeddin-Passage“ und dem „Chaharsu-Basar“ in Teheran ihre Läden und demonstrierten im Basar-Viertel. Die Parolen waren rein ökonomischer Natur, sie richteten sich gegen die galoppierende Inflation und die anhaltende Stagnation. Die Inflationsrate war dramatisch gestiegen und lag im Februar 2026 laut offiziellen Angaben noch immer bei etwa 68 Prozent.⁴ Dass die Händler zum Streik aufriefen, lag auch daran, dass Handel kaum noch möglich war: Wie in der Tageszeitung *Etemad* berichtet wurde, konnten sie weder verkaufen noch einkaufen, denn die Warenpreise stiegen mit jeder Minute.⁵

Viele der protestierenden Basarhändler – im Volksmund „Basari“ genannt – sind nicht Eigentümer ihrer Läden, sondern Pächter, Zwischenhändler oder Kommissionäre. Der Basar bildet eine eigene kleine Gesellschaft mit einer sozialen Struktur und verschiedenen Schichten. Auch politisch bildeten die Basaris weder vor und noch nach der Revolution von 1979 einen monolithischen Block. Abgesehen von einigen Unterstützern der sogenannten „Islamischen Revolution“ aus den Kreisen der Großbasari, hatten die Islamisten um Ayatollah Khomeini ihre Basis eher bei den Unzufriedenen aus den unteren und mittleren Schichten des Basars⁶ Auch die damals noch linksreligiösen „Volksmojahedin“ hatten unter den Händlern eine große Schar von Sympathisanten, selbst nach der Machtübernahme der Islamisten.

Viele Oligarchen, Paten, Apparatschiks, Militär- und Sicherheitsfunktionäre – dubiose Figuren mit großem Einfluss im und um das Regime herum – haben ihre soziale Herkunft im Basar. Und der hat für das Regime politisch wie ideologisch immer noch eine besondere Bedeutung – nicht allein wegen seines Rückhalts bei Teilen der Basaris, der ohnehin von Jahr zu Jahr bröckelt. Die Basarhändler sind im Unterschied zu anderen sozialen Gruppen immer noch gut organisiert und verfügen über funktionierende Netzwerke, insbesondere in den großen Städten. Vor diesem Hintergrund ist das Angebot der Regierung vom 30. Dezember zu verstehen, mit den protestierenden Basaris zu verhandeln.⁷ Es war auch nicht das erste Mal, dass die Basaris auf die Straße gingen. Zuletzt hatten sie 2018 im Basarviertel gegen ihre wirtschaftliche Notlage

die Tatsache, dass für die Modernisierung ausgerechnet der Öl- und Gasindustrie wenig bis gar nichts unternommen wurde. Stattdessen konzentrierte sich das Regime übermäßig auf die kaum ertragreiche Auto- und Stahlindustrie. Der inflationäre umweltschädliche Bau von Staudämmen und die Ausweitung des Dienstleistungssektors gehören ebenfalls zu den ökonomischen Fehlentscheidungen.

⁴ Siehe den Monatsbericht des Statistischen Zentrums Irans: <https://www.radiofarda.com/a/an-unprecedented-increase-in-the-inflation-rate-in-iran/33688558.html>

⁵ Vgl. Banafsch Samgis: Geschlossener Bazar und die bleibende Rezession, in: Tageszeitung *Etemad* (8. Januar 2026)

⁶ Siehe Mehdy Naficy: *Klerus, Basar und die iranische Revolution*, 1993 Hamburg, S. 35ff. und 131f.

⁷ <https://donya-e-eqtesad.com>

demonstriert.⁸ Daher und weil die heutigen Basaris längst nicht mehr die soziale Trägerschicht des Regimes sind, die sie früher einmal waren, wurden ihre Proteste Ende Dezember zum Auslöser der späteren Massendemonstrationen. Denn obwohl den Händlern traditionell von weiten Teilen der Bevölkerung mit großem Misstrauen begegnet wird, schlossen sich ihnen im Laufe der nächsten Tage viele Menschen an.

Marionette Staatspräsident

In dieser aussichtslosen wirtschaftlichen Situation wurde von vielen Menschen erwartet, dass der Staatspräsident Massud Peseschkian, der sich gerne als volksnaher Reformler gibt, dem herrschenden Machtblock endlich etwas entgegensetzt. Dass er bisher noch keines seiner politischen Wahlversprechen eingehalten hat, war scheinbar für den Moment vergessen.⁹ Aber spätestens mit dem Haushaltsplan, den Peseschkian am 28. Dezember vorlegte, wurden die Optimisten wieder belehrt: Der Haushaltsentwurf sah einen erheblichen Anteil des Budgets für Ali Chameneis „Haus des Führers“ (*Beit-e Imam*), für die ideologisch-religiösen Propagandaorgane des Regimes sowie für die Sicherheits- und Militärapparate vor. Geplant war darin zwar unter anderem auch eine Lohnerhöhung für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sowie eine Erhöhung der Rente – aufgrund der galoppierenden Inflation war jedoch klar, dass beides nur geringe Auswirkungen haben würde.¹⁰ Wie schon in den Haushalten der vorherigen Regierungen manifestierten sich in diesem die Stellung und der Einfluss des herrschenden Machtblocks: Staatspräsident kann nur werden, wer vom mächtigen „Wächterrat“ (*Schoraye-Negahban*) als Kandidat auserwählt wurde und vom politischen und religiösen „klugen Großführer“ (*maghame moazame Rahbarie*) und Oberbefehlshaber der Streitkräfte Ali Chamenei als vertrauenswürdig befunden wurde. Staatspräsidenten verfügen in der düsteren Realität der Islamischen Republik kaum über Machtmittel.

Das zeigte sich auch an folgendem Ereignis: Ein paar Tage von den Protesten hatte die iranische Zentralbank bekanntgegeben, dass 880 Firmen, denen subventionierte Devisen (hauptsächlich US-Dollar und Euro) zur Verfügung gestellt wurden, ihren finanziellen Verpflichtungen gegenüber der Bank nicht nachgekommen waren. Kurz: Die Zentralbank hatte 15 Milliarden Dollar verloren.¹¹ Der Wert der staatlich subventionierten Devisen fiel damit auf ein Viertel bis ein Fünftel des Wechselkurses auf dem freien Devisenmarkt.

Die subventionierten Devisen werden hauptsächlich vom Staat zur Beschaffung von Grundnahrungsmitteln, Industriegütern und Rohstoffen eingesetzt, aber auch an Geschäftsleute und Unternehmen zur Ankurbelung der Wirtschaft verkauft oder als Kredit gewährt. Der Zugriff darauf gehört seit Jahrzehnten zu den Privilegien der Machteliten.

Der Staatspräsident, der inzwischen wegen seiner chronischen Versprecher und Konzentrationsschwächen eine Karriere als Witzfigur gemacht hat, verkündete tiefgreifende

⁸ Vgl. den Bericht über „die Proteste der Basarhändler“, <https://www.radiofarda.com/a/Tehran-bazaar-protest-over-currency/29317821.html>

⁹ Zu diesen Wahlversprechen gehörten unter anderem: Die Durchsetzung von Rechtsstaatlichkeit, die kulturelle und politische Öffnung des Irans, berufliche und individuelle Sicherheit für alle Bürger:innen, die Verbesserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse vor allem im Gesundheitssektor; Unterstützung der mittelständischen Unternehmer:innen; finanzielle Transparenz bei der Budgetierung sowie bei der Vergabe der öffentlichen Gelder und Anleihen; die Verbesserung der Qualität öffentlicher Schulen; Unterstützung der Provinz Chuzestans, die unter Wasserknappheit leidet; Wiederaufbau der Transitrouten u.a. (vgl. Pejman Tahuri: Zehn wichtige Versprechen von Peseschkian im Bereich der Innen und Außenpolitik, 21.6.2024, in: <https://iranwire.com/fa/features/131820>).

¹⁰ Für die vollständige Fassung des Haushaltsentwurfs siehe die Webseite der Regierung <https://media.dolat.ir/uploads/org/2025/12/23/176649796875280400.pdf>

¹¹ <https://www.khabaronline.ir/news/2157842>

Gegenmaßnahmen: Er werde die Subventionen für die Devisen ganz abschaffen. Bis heute blieb es aber bei dieser Ankündigung.¹² Zur Beruhigung der Gemüter tauschte er stattdessen am 31. Dezember den Präsidenten der Zentralbank Mohammad Reza Farzin durch Abdolnasser Hemmati aus.

Über den Markt hinaus

Wenn man sich diese Ereignisse und die immer unerträglicher werdende Lebenslage des Großteils der Bevölkerung in den letzten Jahren vergegenwärtigt, ist es kaum verwunderlich, dass viele Menschen zum Jahreswechsel wieder zornig auf die Straßen zogen. Am zweiten und dritten Tag gingen die Proteste über die Teheraner Basarviertel hinaus und erreichten andere Städte wie Karadsch, Hamedan, Maschhad und Isfahan. Auch die Studierenden in Teheran und anderen Städten solidarisierten sich und nahmen aktiv an den Protesten teil.

Die Haltung der Regierung war zu Beginn gespalten: Während Massud Peseschkian sein Verständnis für die Proteste ausdrückte und Gesprächsbereitschaft zeigte und sein Stellvertreter Mohammad-Jafar Ghaempanah sich bei der Bevölkerung für die galoppierende Inflation entschuldigte, fuhren die Justiz, die Sicherheits- und Militärapparate ihren alten Kurs. Die Iraner: innen kennen ihn seit der Herrschaft des islamischen Regimes: Verhaftung, Folter, Tötung. Dafür waren sie dieses Mal erstaunlich gut vorbereitet.

Nicht nur die Basidschis (alltagssprachlich werden sie im Iran so genannt), die als Schlägertruppe der Revolutionswächter fungieren, waren im Einsatz, sondern zugleich auch die Sicherheitskräfte in Zivil, die Ordnungs- und Hilfskräfte der Polizei – vermutlich sogar die militärischen Sondereinheiten, die für das Regime die Stellvertreterkriege im ganzen Nahen Osten führen. Bereits ab dem dritten Tag gingen die Protestierenden über die vorsichtigen Forderungen der Basaris hinaus, die vor allem die desolote wirtschaftliche Lage anprangerten. Wie bereits in den letzten Aufständen ging es auch diesmal ums Ganze: den Sturz des Regimes. Die Protestierenden riefen „Tod Chamenei“ und „Tod dem Diktator“. Hier und da waren auch Parolen zur Unterstützung Reza Pahlavis zu hören, dem Sohn des durch die Revolution 1979 gestürzten Mohammad Reza Schah: „Das ist die letzte Schlacht, Pahlavi kommt zurück“.

Mit den Protestierenden solidarisierten sich wie üblich nicht nur die gesamte iranische Opposition – von den Rechten bis zu den Linken – im In- wie im Ausland. Auch Benjamin Netanjahu und Donald Trump schalteten sich in den Konflikt ein. Letzterer drohte dem islamischen Regime mit ernsthaften Konsequenzen, sollte es „die friedlichen Demonstranten erschießen“. Die Vereinigten Staaten würden, so Trump, sie retten: „Wir sind bereit zu handeln“. Reza Pahlavi reagierte in der Pose eines Revolutionsführers und bedankte sich bei Trump für diese klaren Worte. Denn sie gäben dem iranischen Volk, so Pahlavi, „mehr Kraft und Hoffnung, mehr Zuversicht, dass der amerikanische Präsident endlich fest an seiner Seite steht.“¹³

Das Regime reagierte auf Trumps Äußerungen nervös. Trump sollte wissen, so der Sekretär des „Obersten Nationalen Sicherheitsrates“ Ali Larijani, „dass die Einmischung der USA in diese innere Angelegenheit den Zusammenbruch der gesamten Region und die Zerstörung amerikanischer Interessen zur Folge haben wird“. Die Parteinahme Netanjahus und Trumps für die Protestierenden enthülle, so Larijani weiter, „die Geschichte hinter den Kulissen“.¹⁴ Es

¹² Siehe Pejman Tahuri, ebenda.

¹³ <https://persianepochtimes.com/prince-reza-pahlavis-reaction-to-trumps-warning-to-the-islamic-republic-over-the-repression/>

¹⁴ <https://fararu.com/fa/news/938272/>

handle sich um den schlagenden Beweis, dass die Proteste von ausländischen Agenten geplant wurden.

Auch Ali Chamenei schlug in diese Kerbe und schrieb die Abwertung des iranischen Rials dem „Feind“ zu. Er meldete sich erst am siebten Tag der Proteste zu Wort. In seiner Rede am 3. Januar bezeichnete er das „Protestieren“ zwar als legitim, fügte aber hinzu: „Die Randalierer müssen zur Rechenschaft gezogen werden“¹⁵.

Damit erteilte Chamenei auf seine Weise den Befehl, wie mit den Protestierenden umzugehen sei. In der codierten Sprache des Regimes heißt „zur Rechenschaft ziehen“: Knüppeln, Schlagen, Verhaften, Geständnisse erzwingen. Genau das hatten die Sicherheitskräfte in den vergangenen Tagen bereits praktiziert. Mit seiner Rede stattete Chamenei diese Praxis mit der obersten Befehlsgewalt aus – und forderte eine entsprechend restriktive Haltung auch von den Funktionären ein, ungeachtet ihres Grades oder ihrer Position.

Mit dem versöhnlichen Ton und der Verhandlungsbereitschaft gegenüber den Protestierenden, wie sie etwa der Staatspräsident gezeigt hatte, war es nun vorbei. In den folgenden Tagen nahm die Brutalität der Sicherheits- und Ordnungskräfte gegen die unbewaffneten Demonstranten: innen eine neue Qualität an. Die Zahl der Getöteten, Schwerverletzten und Verhafteten stieg extrem.

Kein neuer Schah

Auch die Zahl der Städte und Gemeinden, in denen sich Menschen den Protesten anschlossen, stieg von Tag zu Tag. Nach einer Berechnung des Dachverbands der iranischen Menschenrechtsaktivisten (HRANA) wurden insgesamt 682 Proteste in 203 Städten aus allen 31 iranischen Provinzen registriert.¹⁶ Als Reaktion auf die brutale Gewalt der Sicherheitskräfte wurden die Protestierenden zunehmend militanter. Laut Berichten von Augenzeugen entwickelten sich die Proteste bereits am 7. Januar in vielen Orten des Landes zu Massendemonstrationen.

Am 8., 9. und 10. Januar erreichten die Demonstrationen – hinsichtlich der Zahl der Beteiligten und ihrer Entschlossenheit und Militanz – ihren Höhepunkt, und zwar in fast allen Städten. Manche Analysten, vor allem aus dem rechten und monarchistischen Lager im Ausland, führten diese Entwicklung auf die landesweite Wirkung des Aufrufs von Reza Pahlavi zurück. Er forderte die Iraner:innen am 6. Januar zum ersten Mal seit Beginn der Proteste auf, sich um 20 Uhr an den Protesten zu beteiligen.¹⁷ Allerdings war er bei weitem nicht der einzige: Im kurdischen Teil des Irans wurde zum Generalstreik aufgerufen, ethnische Gruppen wie die türkischsprachigen Azaris und die Balutschen organisierten Demonstrationen, zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen, unabhängige Arbeiter:innen- und Lehrer:innenverbände, der Verband der iranischen Schriftsteller:innen und viele weitere riefen zum Protest auf die Straße.

Vielleicht hat der Aufruf Pahlavis zehntausende Menschen motiviert, auf die Straße zu gehen. Unbestritten ist auch, dass nicht wenige Iraner:innen in ihm eine mögliche Übergangsfigur sehen. Das heißt aber nicht, dass sie die alte Monarchie zurückhaben möchten. Und sicherlich stand die Mehrheit der Protestierenden nicht hinter ihm.

Eine Untersuchung, die ein internationales Team exiliranischer Wissenschaftler:innen über die Parolen und Sprüche der Proteste (vom 28. Dezember bis zum 17. Januar) anhand von 4.500

¹⁵ <https://www.bbc.com/dari/articles/cd6wvfw6w0zo>

¹⁶ <https://www.hra-news.org/periodical/a-208/>

¹⁷ <https://www.iranintl.com/fa/202601063628>

Videoclips durchgeführt hat, kam zum Ergebnis, dass nur 17 Prozent von ihnen zugunsten von Reza Pahlavi ausfielen. Bei der Darstellung zahlreicher Medien, die von einer Dominanz der Parolen für Reza Pahlavi berichteten, handle es sich daher um eine massive Verzerrung der Wirklichkeit.¹⁸

Die rechtsnationalistischen Medien wie „Iran International“ oder „Manoto“, aber auch die etablierten wie die britische BBC und „Voice of America“ ignorierten in ihren Analysen, dass die Menschen fast elf Tage ohne Aufruf von Reza Pahlavi gegen das System demonstrierten und zum Sturz des Regimes aufriefen. Ebenso unterschlugen sie den völlig fehlgeschlagenen zweiten Aufruf Pahlavis vom 10. Januar, in dem er die Beschäftigten aus der Energie- und Transportbranche zum Streiken aufforderte.¹⁹ Und sie fragten nicht, wo die 50.000 Angehörigen der iranischen Nationalarmee (*Artesche-Meli*), die sich laut Reza Pahlavis Aussage ihm angeschlossen hätten,²⁰ waren, als das Regime die wehrlosen Menschen auf den Straßen massakrierte. Diese Medien fungieren nach wie vor als Wahlkampfbüro Reza Pahlavis und leisten keine sachlich differenzierte, der Aufklärung verpflichtete Berichterstattung.

Es sei an dieser Stelle bemerkt, dass Reza Pahlavi und seine monarchistischen Anhänger:innen den rechtsnationalistischen, identitären Bewegungen zuzurechnen sind, die sich weltweit auf dem Vormarsch befinden. Solche Ideen sind vor allem für junge Menschen attraktiv, die nicht unbedingt Monarchisten sind, sich aber eindeutig von der islamischen Ideologie abgrenzen möchten. Denn erstere berufen sich auf „die iranische Nation“ mit all ihren vorislamischen Mythengeschichten und Figuren, letztere auf die islamische Gemeinschaft (*Umma*) samt der Liturgie und Heilsgeschichte des schiitischen Islams. Schließlich kämpft man nicht nur gegen die Politik des islamischen Regimes, sondern zugleich gegen seine Ideologie, seine Normen, Symbolen, Figuren und Lebensentwürfe.

Mit Blick auf die Aufstände der letzten 35 Jahre im Iran lässt sich eine gemeinsame Dynamik feststellen: Werden die Proteste nicht sofort vom Regime niedergeschlagen, nimmt die Zahl der Demonstrant:innen ab einem bestimmten Zeitpunkt zu, weil die Menschen die Situation, die Sicherheitslage und das Risiko besser einschätzen können. Das löst wiederum eine Dynamik aus, die in vielen Fällen zur rasanten Ausweitung der Proteste führt. Spätestens ab diesem Moment setzt das Regime all seine repressiven Kräfte ein, um die weitere Entfaltung der Proteste zu verhindern. So verhindert es, dass die Proteste in eine zweite Phase eintreten, in der sich die Protestierenden organisieren und eine konkrete Perspektive formulieren – und damit von den spontanen, nur verneinenden Parolen („Tod dem...“, „Nieder mit...“) der ersten Phase lösen. Weder die aktuellen Proteste im Iran noch die der letzten Jahre haben diese zweite Phase erreicht.

Ende im Dunkeln

Was passierte genau an den letzten drei Protesttagen, vom 8. bis 10. Januar, an denen Millionen von Menschen auf die Straße zogen? Wir wissen bis heute nicht genug. Spätestens ab dem 8. Januar wurde das Internet im gesamten Land abgeschaltet, ebenso weite Teile des Telefonnetzes. Den Berichten zufolge fanden größere Demonstrationen am 8. Januar jedoch an vielen Orten statt, begleitet von einem Streik der Händler:innen. In der Provinz Kurdistan kam es zum Generalstreik. Der Repressionsapparat ging mit seinem ganzen Arsenal gegen die Demonstrationen vor: von Schrotflinte und Tränengas bis zu verschiedenen Gattungen von

¹⁸ Interview mit Mazdak Azar: <https://www.youtube.com/watch?v=MbcSLF-uQzQ>

¹⁹ <https://www.medad.ca/58019/>

²⁰ <https://www.iranintl.com/202507262852>

Kriegswaffen. Berichtet wurde von Scharfschützen auf den Dächern sowie vom Einsatz von Drohnen. Es wurde auch berichtet, dass das Regime irakische Milizen (*Hashd al-Shaabi*) eingesetzt haben soll.²¹

Im Grunde hat Ali Chamenei – in seiner Position als oberster Befehlshaber der Streitkräfte – den Schießbefehl erteilt. Aber auch sein Staatspräsident Peseschkian bezeichnete im iranischen Fernsehen die Demonstrant:innen als „Terroristen“, die für die Sabotage im In- und Ausland ausgebildet würden. Sie seien beauftragt, Menschen zu töten und Moscheen, öffentliche Gebäude und Basare in Brand zu setzen.²² Bei den Funktionären bzw. den ausführenden Organen wurden damit die letzten Zweifel über das weitere Vorgehen beseitigt: Die Brutalität der Sicherheitskräfte wurde intensiviert und ausgeweitet, das ganze Land als Operationsfeld freigegeben. Nirgendwo sollten sich die Protestierenden sicher fühlen oder Schutz finden.

Ab dem 9. Januar nahm die Anzahl der verletzten, getöteten und verhafteten Demonstrant:innen rapide zu. Die Verwüstungen der Straßenzüge, die angezündeten öffentlichen Gebäude und Verkehrsmittel, die demolierten Wagen der Sicherheitskräfte erzählen von einer regelrechten Schlacht zwischen zwei ungleichen Kräften. Weder die Krankenhäuser noch das medizinische Personal genossen Schutz vor der Gewalt der Sicherheitskräfte.

Am 10. Januar wurden zwar noch in manchen Städten Demonstrationen registriert, aber angesichts der brutalen Gewalt der Sicherheitskräfte und der zunehmenden Militanz eines Teils der Protestierenden waren die Proteste in ihrer bisherigen Form nicht mehr fortführbar. In den folgenden Tagen flauten sie ganz ab. Daran hatten weder Trumps machtpolitische Versprechen noch Reza Pahalvis realitätsferne Durchhalteparolen etwas ändern können.

Leichen und Märtyrer

Am 11. Januar zeigte das iranische Fernsehen eine Videoaufnahme, in der Dutzende in schwarze Säcke gehüllte Leichen in der und auf dem Gelände der Leichenhalle des Teheraner rechtsmedizinischen Zentrums im Bezirk Kahrisak zu sehen waren. Die Leichen lagen nebeneinander, die Menschen suchten klagend und verzweifelt nach ihren Angehörigen. Einige halfen, die Leichen aus einem gerade eingetroffenen Kühlcontainer zu holen.²³ In den folgenden Tagen wurden weitere Videoaufnahmen mit ähnlichem Inhalt veröffentlicht. Dieses grausame Schauspiel ist aus den düsteren 1980er Jahren im Iran bekannt, aber es bezeugte eine neue Qualität: Das Regime präsentierte seine eigenen Verbrechen – und behauptete zugleich, es habe nichts damit zu tun. Das Massaker sei nämlich das Werk israelischer und amerikanischer Agenten.

Wie war es dann möglich, fragen viele, dass zahlreiche „Terroristen“ die gut bewachte iranische Grenze überquert haben, in zahlreiche Städte marschiert sind, innerhalb von zwei Tagen Tausende von Menschen getötet haben – und dann spurlos verschwunden sind? Und dann sollen diese ausländischen Terroristen ausgerechnet jene Menschen getötet haben, die gegen das islamische Regime protestierten? Es scheint der herrschenden Lügenbande gleichgültig zu sein, dass sie sich damit blamiert und ihren islamischen Staat delegitimiert. Denn das Regime behauptet tatsächlich, dass der Iran in der instabilen Region des Nahen Ostens der einzige Staat sei, der seinen Bürger:innen Sicherheit garantiere. Mit dieser Lügengeschichte werden die Sicherheitskräfte zum Opfer erklärt. Dies kennt man auch aus den über fünfundvierzig Jahren Herrschaft der Islamisten im Iran.

²¹ <https://parsi.euronews.com/2026/01/18/>

²² <https://www.youtube.com/shorts/ocKPZDn7lJQ>

²³ <https://www.youtube.com/shorts/xmkOm2tOZ5Q>

An dieser Täter-Opfer-Umkehr lassen sich die ganze Propagandakunst und das gängige Rechtfertigungsmuster des Regimes erkennen. Ideologisch geht es auf den schiitischen Gründungsmythos zurück, an dessen Anfang Imam Hossein als der „Herr der Märtyrer“ bzw. das erste Opfer steht. Der schiitische Opfermythos bildet die theologische Legitimationsbasis des schiitischen Islams und rechtfertigt das politische Handeln und die Entscheidungen des schiitisch-islamischen Staates. Er erlaubt alle Schandtaten, sofern sie dem Erhalt des islamischen Staates dienen.

Der offiziellen Erzählung folgend, veröffentlichte die „Stiftung für Märtyrer und Veteranenangelegenheiten“ (*Bonjade Shahid va omure Isargaran*) am 21. Januar die Anzahl der Todesopfer der „Terroranschläge“. Laut der Stiftung seien 3.117 Personen bei den Protesten umgekommen, davon galten 2.427 Personen als „Märtyrer“,²⁴ das heißt als Anhänger:innen des islamischen Regimes. Mohammad Mobin, Generaldirektor für Öffentlichkeitsarbeit im Präsidialamt, erklärte am 22. Januar: „Die Märtyrerstiftung hat alle Familien, deren Angehörigen bei den jüngsten Protesten getötet wurden, um deren Zustimmung gebeten, ihre Angehörigen zu Märtyrern zu erklären. Diese haben zugestimmt.“²⁵

Was der Funktionär verschweigt: Die Familien wurden massiv unter Druck gesetzt, diese Erklärung zu unterschreiben. Darin bekannten sie, dass ihre getöteten Angehörigen treue Anhänger des Regimes seien, die sich den „Terroristen“ entgegengestellt hätten. Wer nicht unterzeichnete, sah sich mit allerlei Repressalien konfrontiert. Nicht nur mussten für jede Patrone, die einen Angehörigen tödlich getroffen hatte, etwa 700 Millionen Tuman²⁶ bezahlt und die Leichen ohne Trauerfeier begraben werden. Um die staatlichen Verbrechen zu vertuschen, wurden auf den Totenscheinen falsche Todesursachen angegeben oder sehr zynische Formulierungen gewählt: „Getroffen von einem Gegenstand, der mit Hochgeschwindigkeit auf den Körper traf“ – oder: „Das Ergebnis eines kriegerischen Instruments außerhalb des Krieges“.²⁷ Die ganze staatliche Akrobatik und die Vertuschungsversuche machen deutlich, dass die Herrschenden ganz genau wissen, welche Verbrechen sie begangen haben. Sie fürchten sich vor einer Zukunft im Iran, in der sie zur Rechenschaft gezogen werden.

Über die Anzahl der Getöteten, Verletzten und Verhafteten gibt es bis heute viele Spekulationen. Die Erfahrung der vorherigen Protesten lehrt, dass die Angaben der iranischen Menschenrechtsorganisationen zuverlässiger sind als viele andere. Laut den Daten, die von der Nachrichtenagentur des Verbands der Menschenrechtsaktivisten im Iran (HRANA) am 10. Februar veröffentlicht wurden, beträgt die Zahl der bestätigten Todesopfer bei den landesweiten Protesten 7.007 Personen. Davon seien 6.488 Demonstrant:innen über 18 Jahre und 236 unter 18 Jahre alt. Unter den Todesopfern befänden sich auch 207 Angehörige der Sicherheitskräfte und 76 unbeteiligte zivile Personen. Die Zahl der Festnahmen sei auf 53.777 gestiegen, die Zahl der Schwerverletzten liege bei 25.846 Personen.²⁸

Freiheit und Gerechtigkeit

Die Proteste wurden im Januar blutig niedergeschlagen. Doch nicht nur die Brutalität der Sicherheitskräfte und die Zahl der Getöteten, sondern auch die Anzahl der Teilnehmer:innen und ihre Militanz, vor allem von Teilen der jüngeren Demonstrant:innen, zeichneten sie aus.

²⁴ <https://www.tabnak.ir/fa/news/1353066/>

²⁵ <https://iranwire.com/fa/news-1/148081>

²⁶ Die Landeswährung heißt offiziell immer noch „Rial“, aber in der Alltagspraxis werden die Preise seit vielen Jahren in „Tuman“ angegeben, selbst auf Scheinen und Münzen.

²⁷ <https://www.dw.com/fa-ir/>

²⁸ <https://www.hra-news.org/periodical/a-208/>

Auch die Tatsache, dass die Demonstrationen in überraschend vielen kleinen Städten in der Provinz stattfanden, unterscheidet sie von anderen in den letzten Jahren.

Ein roter Faden der bisherigen Aufstände – von der Rebellion gegen die hohe Inflation im März 1995 in der Stadt Isfahar über die Proteste gegen die Manipulation der Präsidentschaftswahl im Mai 2009 bis zur „Frau, Leben, Freiheit“-Bewegung gegen den Schleierzwang anlässlich des Todes von Mahsa Amini – besteht darin: Es geht immer noch um die beiden zentralen Forderungen der iranischen Revolution von 1979, bevor sie von den Islamisten übernommen wurde – nämlich Freiheit und soziale Gerechtigkeit.

Die laut eingeforderte soziale Gerechtigkeit sollte damals mittels der Umverteilung des sozioökonomischen Reichtums per staatlichem Dekret hergestellt werden, also ohne eine Umwälzung der Produktions- und Eigentumsverhältnisse. Die Freiheitsrechte sollten im Rahmen eines republikanischen Staates gewährt werden. Das war das Programm nicht nur der linken, sondern auch der religiösen Opposition gegen den Schah. Bekanntlich kam es anders.

Seit der Einrichtung der „Statthalterschaft des religiösen Rechtsgelehrten“ (*Welayat-e faqih*) kurz nach der Machübernahme der Islamisten unter der Führung Ayatollah Khomeinis bekämpft das islamische Regime bis heute mit allen Mitteln die freie Selbstbestimmung der Bürger:innen. Hingegen widmete sich das Regime nach der Revolution eifrig der „sozialen Frage“: Vor allem in der ersten Dekade nach 1979 wurde eine Umverteilungspolitik betrieben, die in der neueren iranischen Geschichte beispiellos ist. Sie trug zur Konsolidierung des islamischen Regimes bei und bildete die Grundlage, um im Lauf der folgenden Dekaden einen theokratisch-militaristischen Staatsapparat aufbauen zu können.

Damit verbunden war ein Verschiebungsprozess in den Klassenstrukturen zugunsten der unteren und mittleren sozialen Schichten. Arme ländliche Gebiete wurden an die politische und sozial-ökonomische Infrastruktur angebunden, zugleich wurde ein großer Teil der ärmsten Schichten für die Sicherheits- und militärischen Organe des Regimes rekrutiert.

Eine der Folgen dieser Umverteilungspolitik war, dass der linken Opposition ihre soziale Basis entzogen wurde. Es wurde dadurch sehr schwer, die progressiven Teile der Werktätigen, wie es heißt, nach ihren Interessen zu organisieren. Die relativ mühelose Niederschlagung der organisierten linken Opposition in den 1980er Jahren ist daher nicht allein auf die brutale Repressionspolitik zurückzuführen: Das Regime hatte sich die Zuständigkeit für die sozialpolitischen Belange der Werktätigen exklusiv gesichert, seine Akteure waren wohlfahrtstaatliche Institutionen, Stiftungen, regimetreue Gewerkschaften und Berufsverbände.

Aus dieser Stabilitätspolitik des Regimes, die unter anderem auf den diversen Abhängigkeiten eines beträchtlichen Teils der sozialen Klassen von den staatlichen wie semistaatlichen Institutionen, Schutzmaßnahmen und Hilfsleistungen basiert, bildeten sich soziale Konstellationen, Machtmechanismen, Aneignungs-, Umverteilungs- und Loyalitätsformen heraus, die sich gegenseitig stützen. Politökonomisch betrachtet entstanden Klientelismus, Trust- und Oligarchiebildung, Korruption bzw. kleptokratische Strukturen. Es bildeten sich Mechanismen einer „Raubökonomie“ heraus – besonders, weil der Iran mit Erdöl und -gas über eine zentrale und strategische Reichtumsquelle verfügt, deren Rendite sich die herrschenden Interessengruppen anzueignen wussten. Die Umverteilung der Beute wird als „Gabe des gnädigen Staates“ verstanden.

Gesellschaftspolitisch gesehen tragen diese Verhältnisse zur Parzellierung der Gesellschaft bei. Sie macht die Entfaltung der besonderen Interessen hin zu allgemeinen Interessen auf jeden Fall schwierig, wenn nicht fast unmöglich. Sie verhindert die Herausbildung einer gesellschaftspolitischen Programmatik, in der die ausgebeuteten, ausgegrenzten, diskriminierten

sozialen Gruppen und Klassen ihre gemeinsamen Interessen, Ängste und Hoffnungen wiedererkennen und sich mit ihnen politisch identifizieren können. Nach dem Motto: Solange meine Parzelle – mein Job, mein Status, meine soziale Sicherung – von der Krise noch nicht oder wenig betroffen ist, bleibe ich vorerst Zuschauer:in der Ereignisse. Die immer wieder gerufene Parole der Protestierenden „Wir brauchen keine Zuschauer:innen“ meint diesen als „graue Schicht“ bezeichneten Teil der iranischen Gesellschaft.

Die soziale Basis des Regimes schwindet

Dass diese Konstellation, diese Form der Machtausübung und des Machterhalts, sich nicht ewig reproduzieren lässt, bedarf keiner großen Ausführung. Das islamische Regime befindet sich seit Jahren in einer tiefen strukturellen Krise. Mit jedem Aufstand und dessen Unterdrückung verliert es Teile seiner sozialen Basis, die es in den ersten Jahren nach der Machtübernahme aufgebaut hat.

Einer der wichtigsten Indikatoren dafür ist die soziale Zusammensetzung der Protestierenden. Fast alle Beobachter:innen unterschiedlicher politischer und wissenschaftlich-methodischer Ausrichtung sind sich darüber einig, dass immer größere Teile der unteren sozialen Schichten und der verarmten Mittelschicht an den Protesten teilnehmen; auch junge Menschen bilden inzwischen einen festen Bestandteil der Protestierenden. Interessant ist in diesem Zusammenhang der Bericht der „Propagandaabteilung der theologischen Hochschulen/Seminare“ (*Howze-haye elmiya*) über die sozialen Profile von etwa 11.252 verhafteten Personen. Die Mehrheit von ihnen sei dem Bericht zufolge „männlich“ und „82 Prozent ledig“. „77 Prozent sind unter 30 Jahre alt und 27 Prozent unter 18 Jahre“, „65 Prozent gehören zur mittleren und 32 Prozent zur unteren sozialen Schicht“, „60 Prozent sind Freiberufler: innen/Selbständige und nur 2 Prozent sind in den staatlichen Betrieben/Einrichtungen beschäftigt“ – und: „17 Prozent sind noch Schüler:innen“.²⁹ Wenn auch die offizielle Zahl der Verhafteten eindeutig falsch ist, widersprechen diese Angaben über die soziale Struktur der Verhafteten in ihrer Tendenz den Einschätzungen unabhängiger Beobachter: innen nicht. Die Proteste in den vergangenen Jahren, deren Auslöser eher sozial-ökonomisch als politisch waren, weisen eine ähnliche soziale Zusammensetzung auf – wie die Proteste im Dezember 2017 gegen die Politik der staatlichen Aufsichtsräte bei den Banken oder die Proteste im November 2018 gegen die Erhöhung des Benzinpreises und die Kürzung von Subventionen für Grundnahrungsmittel.

Aufgrund der desolaten wirtschaftlichen Lage, nicht nur in der verarbeitenden Industrie, sondern auch im Dienstleistungsbereich, kann die Mittelschicht weder ihre ökonomische Stellung noch ihren sozialen Status aufrechterhalten. Auch der langjährigen sozialen Basis des Regimes, den unteren sozialen Schichten – meist mit ländlicher oder kleinstädtischer Herkunft –, wird der Zugang zu sozialen Ressourcen immer weniger gewährt. Die Kleptokratie in all ihren Spielarten und die Austeritätspolitik, die sukzessive seit den 1990er Jahren von allen Regierungen betrieben wird, zeitigen immer verheerendere Folgen: Große Teile der Bevölkerung verarmen, sowohl in den Städten wie auch auf dem Land, und viele junge Menschen sind perspektivlos. Besonders betroffen sind selbstständige Kleinunternehmer:innen, Freiberufler: innen, Tagelöhner: innen und Vertragsarbeiter:innen.

Die Proteste zum Jahreswechsel waren, wie die vorherigen, also eher Proteste der „Prekariert“ als der „Proletariat“, insofern letztere häufig mit unbefristeten Arbeitsverträgen in der Tasche in staatlichen und halbstaatlichen Betrieben und Einrichtungen arbeiten und trotz der Fragilität der ökonomischen Verhältnisse einen gewissen Schutz genießen. Die traditionelle „Arbeiterklasse“

²⁹ <https://aftabnews.ir/fa/news/1035514>

aus den industriellen Schlüsselindustrien des Landes verfügt über sichere Arbeitsplätze und viele Boni. In turbulenten Zeiten klammert sie sich an ihre Ketten und zeigt sich wenig risikofreudig. Sie bleibt bei den Protesten – abgesehen von Ausnahmefällen – meist Zaungast, mit einer gewissen Neigung zur kollegialen Solidarität. Das ist eines der Hauptprobleme aller vergangener Proteste, die den Übergang zu einer starken sozialen Bewegung mit konkreter Perspektive noch nicht bewerkstelligen konnten.

Gegen die Ohnmacht

Die Situation im Iran erfordert eine radikale Veränderung. Das Regime ist weder politisch noch ökonomisch dazu in der Lage, die strukturellen Probleme der Gegenwart zu lösen. Ebenso wenig gibt es im Iran aber gegenwärtig organisierte politische Kräfte, die die Interessen und Hoffnungen, die Ängste und das Leiden von Millionen von Menschen mobilisieren und zu einer Gegenmacht entfalten könnten.

Woran es mangelt, ist längst bekannt. Es mangelt an Selbstorganisations- und Selbstermächtigungserfahrungen der arbeitenden Klassen. Es fehlen sichere soziale Räume, in denen sie kontinuierlich gemeinsame Erfahrungen machen, sich austauschen und eine gemeinsame Sprache entwickeln können. Es mangelt an Interesse an einer programmatischen, dauerhaften Organisationsarbeit – . Keiner „Partei“ anzugehören, nicht organisiert zu sein, gilt als höchster Ausdruck der individuellen Souveränität, es scheint fast eine Tugend zu sein. Ein großer Teil jener, die berechnete Kritik an leninistischen Parteikonzepten haben, sucht Zuflucht in Debattierclubs und temporären Aktionsbündnissen. Allerdings ist die iranische Linke hier nicht allein. Fast alle oppositionellen Strömungen teilen diesen Mangel – ebenso den Mangel an Kommunikation, Konsensfindung und gegenseitiger Anerkennung. Hingegen fehlt es im Iran nicht an brutaler Repression, die jeden Befreiungsversuch im Keim erstickt. All das zusammengenommen, scheint die Situation ausweglos.

Das erzeugt Frustration und auch Zorn. Der Zorn, in den Kontext der sozialen Kämpfe übersetzt, lässt sich als ein kollektiver Schrei verstehen – ein Schrei, der sich sowohl gegen die eigene Ohnmacht als auch gegen die Macht der Herrschenden richtet. Seine häufigste Artikulationsform ist der Aufstand: Die Aufstände sind spontan, antithetisch, wuchtig und ungeduldig. Wie ihre Entstehung sind auch ihr Ausgang und ihre Folgen unberechenbar. Sie zeichnen sich durch die Negativität ihrer Parolen aus wie durch einen Mangel an Forderungen. Die Frustration nährt in nicht wenigen Fällen die Überzeugung von der eigenen Ohnmacht. Das ist oft die Stunde der „Retter“ – und zugleich die der Entsubjektivierung derjenigen, die nach solchen mächtigen Rettern suchen. „Wir können allein mit dem Regime nicht fertig werden“, „Wir haben alles probiert“ – diese Sätze hört man im Iran häufig, auch von Menschen, die eine militärische Intervention der USA ablehnen.

Was sein wird und was kommen könnte, ist schwierig zu antizipieren. Die einzige Annahme, die ich aufzustellen wage, ist eben diese: Die Menschen werden wieder auf die Straßen zurückkommen. Sie haben ihre Toten begraben, aber nicht ihre Hoffnungen. Das Regime ist unfähig, die gesellschaftlichen Probleme zu lösen. Die Unerträglichkeit des Bestehenden wird stets noch unerträglicher.

Wenn auch viele, vor allem junge Menschen in der iranischen Revolution von 1979 die Quelle allen Unheils sehen, das seit der Machtübernahme der Islamisten den Iran prägt, begleitet die „Aura“ dieser Revolution dennoch, bewusst oder unbewusst, ihre Kämpfe. Die heutigen Forderungen sind denen von 1979 durchaus ähnlich, die Protestierenden entleihen die Parolen und die Sprache derjenigen Revolution, von deren Folge – dem Joch des islamischen Regimes –

sie sich zu befreien suchen. Meine Hoffnung ist, dass die Menschen ihre Befreiung mit eigenen Taten bewerkstelligen, ohne Beihilfe, ohne Einmischung der imperialistischen Mächte. Dass Letztere weder die Freiheit noch ein menschenwürdiges Leben im Sinn haben, bedarf keiner Ausführung für die werten Leser:innen dieser Zeitung.

** Said Hosseini lebt in Frankfurt, ist Sozialwissenschaftler und freischaffender Referent für politische Bildung.*

express im Netz und Bezug unter: www.express-afp.info
Email: express-afp@online.de

express / AFP e.V., Niddastraße 64, VH, 4. OG, 60329 Frankfurt a.M.

Bankverbindung für Spenden und Zahlungen:
AFP, Sparda-Bank Hessen eG, IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37, BIC: GENODEF1S12